

Der Balkan stimmt mit den Füßen ab

Nirgends schrumpft die Bevölkerung so stark wie in Südost- und Mitteleuropa. Mit ein Grund: Die Personenfreizügigkeit.

Remo Hess aus Brüssel

In Amerika, heisst es, stimmen die Bürger gerne mit den Füßen ab. Wenn es ihnen nicht passt in einem Staat, ziehen sie einfach in den nächsten. Dort sein Glück zu suchen, wo es einem am besten hold scheint, ist für viele der Inbegriff der amerikanischen Freiheit.

Auch in Europa kommt diese Freiheit immer stärker zur Geltung. Die Einführung der Personenfreizügigkeit und der Aufbau des gemeinsamen Binnenmarktes haben dazu geführt, dass die Zahl mobiler EU-Bürger in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen ist. Die Abstimmung mit den Füßen zeigt dabei ein deutliches Resultat: Die Bewegung geht von Süden nach Norden und von Osten nach Westen. In manchen Regionen in Südost- und Mitteleuropa kommt es gar zu einer eigentlichen «Entvölkerung».

Kroatien verliert jährlich 16 000 Einwohner

Es war der kroatische Premierminister Andrej Plenkovic, der jüngst Alarm schlug. Jedes Jahr verliere er «das Äquivalent einer Kleinstadt» von 16 000 Einwohnern. Bei einem Land von der Grösse Kroatiens eine wesentliche Zahl. Tatsächlich befindet sich die Bevölkerungszahl mit 4,07 Millionen im Staat an der Adria-Küste auf dem tiefsten Stand seit 1957. Allein in den ersten drei Jahren seit dem EU-Beitritt 2013 haben über fünf Prozent der Kroaten und Kroatinnen ihre Heimat Richtung Westeuropa verlassen. 15,4 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung lebt heute im EU-Ausland. Es ist der zweithöchste Wert in der EU, der nur noch von Rumänien mit 21,3 Prozent getoppt wird.

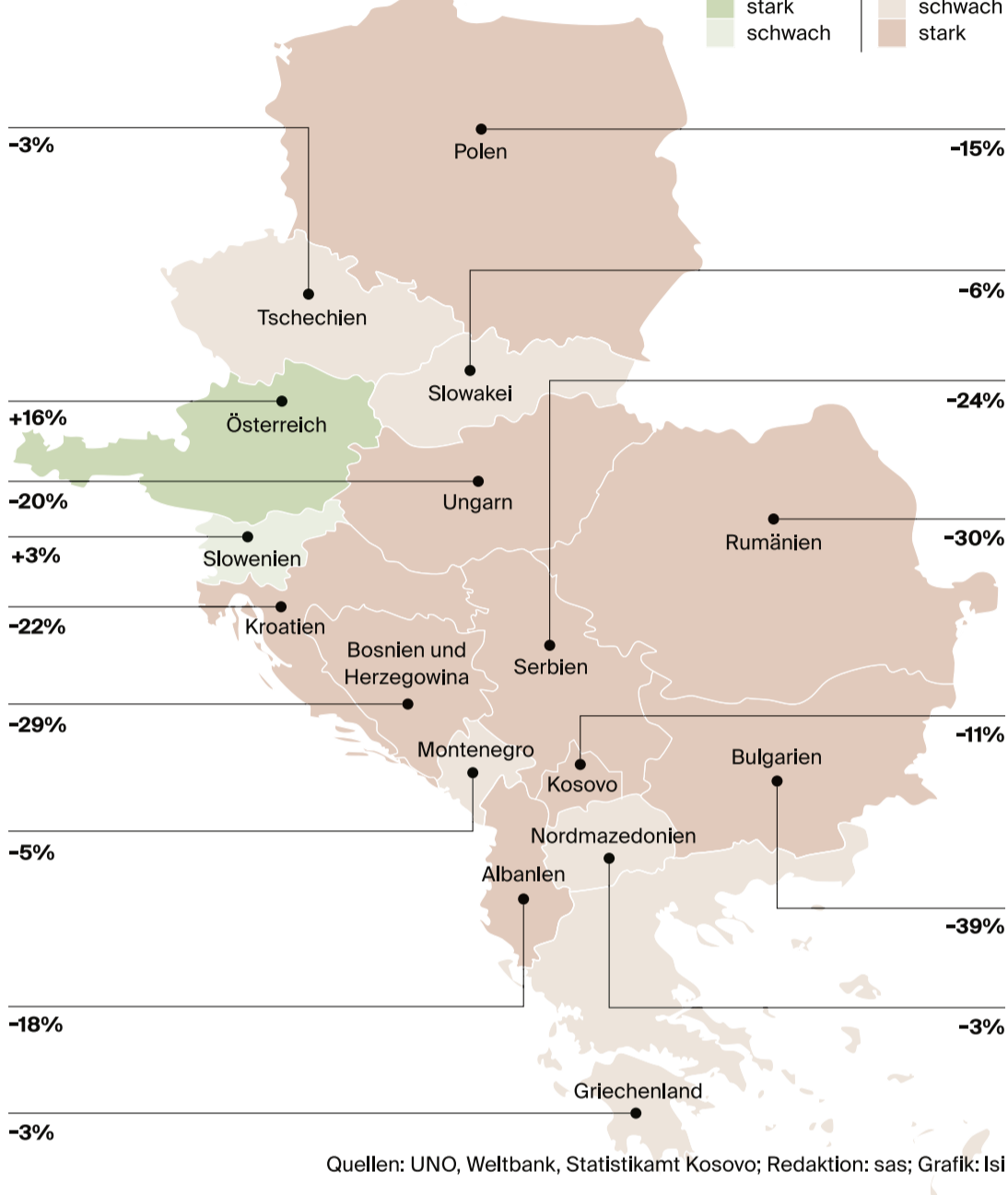
Im Rahmen der rotierenden EU-Ratspräsidentschaft, die Zagreb Anfang Jahr übernommen hat, will Kroatien den Bevölkerungsschwund zuoberst auf die Prioritätenliste setzen.

Das Problem ist für Kroatien auch deshalb dringend, weil sich die Auswanderung mit einer tiefen Geburtenrate zusätzlich akzentuiert: Nur 1,44 Kinder bringen die Kroatinnen durchschnittlich zur Welt. Der EU-Schnitt liegt bei 1,59 Kindern pro Frau. Dazu kommt, dass die abwandernde Bevölkerung nicht durch Migration aus anderen Staaten kompensiert wird, wie das in Polen durch den Zuzug von ukrainischen Arbeitskräften zumindest teilweise der Fall ist. Im Gegenteil: Kroatien verfolgt in der Migrationspolitik eine eher restriktive Linie.

Doch Kroatien ist mit seiner schrumpfenden Bevölkerung längst nicht allein: Insgesamt zehn europäische Nationen verzeichneten im Jahr 2018 sinkende Zahlen. Dazu gehört Lettland, Bulgarien, Rumänien sowie auch Litauen, die als typische Auswanderungsländer gelten. Wenn es so weitergeht, könnte Bulgarien bis 2050 mehr als ein Drittel seiner Bevölkerung verlieren. Bei Rumänien sieht es ähnlich aus.

Für Zsolt Darvas, Wirtschaftswissenschaftler vom Brüsseler «Bruegel Institute», ist klar, dass die Personenfreizügigkeit bei einigen der Herkunftsländer zu gravierenden Problemen führt. Zentral ist der «Brain Drain», der Abfluss von gut und vor allem teuer ausgebildeten Arbeitskräften. Auf der anderen Seite stünden die «starken individuellen Vorteile» der Personen, die in einem anderen EU-Land ihre Chancen wahrnehmen können. In einem integrierten

Bevölkerungsentwicklung auf dem Balkan 1989 bis 2050



Wirtschaftsraum kann die Freizügigkeit zudem als Ventil in Krisenzeiten dienen: Bis zum Jahr 2017 verliessen wegen der Finanzkrise knapp eine halbe Mil-

lion Griechen ihr Heimatland, viele in Richtung in Deutschland.

Der kroatische Premier Plenkovic geht denn auch nicht so weit, die Personenfreizügigkeit

als solche in Frage zu stellen. «Sie ist eine der Grundlagen der EU, welche grosse Möglichkeiten für unsere Bürger schafft», so Plenkovic vor Journalisten. Nur:

Er fordert, dass der Prozess auch umkehrbar sein soll. Das heisst, irgendwann sollten die Auswanderer wieder zurückkehren.

Mehr Geld, aber das allein genügt nicht

Damit sich eine Rückkehr lohnt (oder eine Auswanderung gar nie stattfindet), müsste in den Herkunftsländern aber die wirtschaftlichen Bedingungen verbessert und das Gefälle zum Westen verringert werden. Plenkovic: «Wir müssen aufholen.» Übersetzt man das in die Europapolitik, kommt die Rede schnell auf die milliardenschweren Struktur- und Kohäsionshilfen. Plenkovic wehrt sich folglich auch dagegen, dass es bei den gegenwärtigen Verhandlungen über das mehrjährige EU-Budget zu Kürzungen bei den Kohäsionsgeldern kommt. Der Bevölkerungsschwund dient ihm als griffiges Argument.

Dass es mit mehr Geld aber nicht gemacht ist, zeigen Umfragen unter kroatischen Auswanderern. Demnach sind wirtschaftliche Motive wie höhere Löhne nur einer der Auswanderungsgründe. Ebenso treiben Unzufriedenheit mit der politischen Klasse und Vetternwirtschaft die jungen Leute ausser Land. Ähnlich äussert sich Wirtschaftswissenschaftler Zolt Darvas: «Um Auswanderung entgegenzuwirken, müssten die Ursprungsländer die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen verbessern.» Neben dem Ausbildungs- und Gesundheitssystem kann man darunter auch die Zuverlässigkeit des Rechtsstaates verstehen. Der bulgarische Politologe Ivan Krastev formulierte es einmal so: «Es ist einfacher nach Deutschland zu gehen, als dafür zu sorgen, dass Bulgarien wie Deutschland wird.»

Analyse zum «Verfassungs-Blitzkrieg», mit dem Putin sich den Weg für die Macht bis ans Lebensende ebnet.

Wladimir Putin ist ein Meister der Verwirrung

Der Arbeitseifer der russischen Regierung zeigt sich auf den Strassen: Die Magistrale, die zum Amtssitz der russischen Regierung führt, ist dauergesperrt. Gestern, nur einige Stunden, nachdem der neue russische Premier Michail Mischustin mit Russlands Präsident Wladimir Putin die Zusammensetzung der neuen Regierung verkündet hatte, rasten die Regierungsmitglieder und ihre Mitarbeiter mit blauen und roten Sirenen zum ersten Arbeitstag. Das Volk, dem der lärmende Einsatz der Beamten dienen soll, steckte stundenlang im Stau.

Es ist ein Spiegelbild des politischen Systems im Land, in dem die breite Masse keinen wirklichen Einfluss mehr hat. Sie soll die Führung lediglich beklatschen und ihr vor allem für soziale Gaben danken: etwa für den Mindestlohn in der Höhe des Existenzminimums

oder für die regelmässigen Rentenerhöhungen. Dabei sind die politischen Umbaupläne der russischen Führung massiv: Mehr als 40 Punkte sollen nach Willen des Präsidenten in der Verfassung umgeschrieben werden. Bereits im April soll es eine «gesamtrussische Abstimmung» geben. Von einem Referendum spricht niemand.

Die Veränderungen, die Putin vergangene Woche während seiner Rede an die Nation vorgetragen und bereits an diesem Montag als Gesetzespaket ins Unterhaus des russischen Parlaments eingebracht hatte, dienen vor allem Putins Machtabsicherung. Bereits heute soll das Parlament über den Staatsumbau beraten. Zustimmung zum Paket ist geradezu Pflicht.

Warum diese Eile, fragen sich russische Politologen und Journalisten – und können

nicht mehr als spekulieren. «Spezialoperation» nennen sie Putins überraschende Ankündigungen, manche sprechen vom «Verfassungs-Blitzkrieg».

Was Putin genau will, ist schwer zu sagen. Klar ist: Er schafft im Land mehrere Machtzentren. Eines davon wird der bislang eher dekorative Staatsrat, dessen Rolle in der Verfassung festgeschrieben wird.

Klar ist jetzt auch: Mehr als die Hälfte der bisherigen Regierungsmitglieder müssen den Hut nehmen. «Ausbalanciert» sei das neue Regierungsteam, hatte Putin bei der Vorstellung Anfang Woche gesagt. Die Überlegung dahinter: Mehrere politisch starke Gruppen sollen integriert werden. In der neuen Regierung sitzen Vertraute des neuen Premiers Mischustin aus der Steuerbehörde, die er vor seinem Wechsel ins Moskauer

Weisse Haus leitete. Es finden sich Vertraute des Moskauer Bürgermeisters Sergej Sobjanin (dieser wurde als möglicher Premier gehandelt), Vertraute Putins ohnehin. Der grosse Verlierer ist Dmitri Medwedew, der entlassene Premier. Von 31 Posten sind lediglich drei mit Frauen besetzt. Starke Figuren wie der Aussenminister Sergej Lawrow (seit bald 16 Jahren im Amt) und Verteidigungsminister Sergej Schojgu (auf unterschiedlichen Posten in jeder russischen Regierung vertreten) bleiben.

Die Prioritäten, die Premier Mischustin bei der ersten Sitzung nannte, sind dieselben, die auch schon Putin in seiner Rede erwähnt hatte: Demografie, Wirtschaftswachstum und die Nationalen Projekte. Letztere sind ein Lieblingsstichwort Putins. Die Projekte sind in 13 Bereiche wie Digitalisierung, Gesundheitsversorgung und

Infrastruktur unterteilt und laufen nicht gut. Der effiziente Mischustin soll hier mit neuer Effizienz ans Werk gehen – natürlich stets im Einvernehmen mit dem Präsidenten.

Russlands Opposition trifft Putins Überrumpelungstaktik derweil hart. Sie steht ohnmächtig und gespalten daneben, spricht von einem «Staatsstreich» und hat keine Antwort auf die Einschnitte im Staatsapparat. Wegen interner Uneinigkeit kann sie sich nicht zu Protesten durchringen. Ihre Zerstrittenheit spielt der Führung in die Hände.



Inna Hartwich aus Moskau
ausland@chmedia.ch

Macron massregelt israelische Polizei

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat sich bei einem Besuch in der Jerusalemer Altstadt ein Wortgefecht mit israelischen Sicherheitskräften geliefert. «Jeder kennt die Regeln», rief er gestern vor einem Besuch der St.-Anna-Kirche auf Englisch, wie etwa auf einem Video einer Journalistin der französischen Zeitung «Le Parisien» zu sehen war. Die St.-Anna-Kirche ist im französischen Nationalbesitz und wird von Frankreich überwacht. Der Zeitung nach ärgerte sich Frankreichs Staatschef über israelische Polizisten, die sich auf dem Gelände aufhielten. «Mir gefällt nicht, was Sie direkt vor mir gemacht haben», so Macron.

Bereits 1996 hatte sich der damalige Präsident Jacques Chirac bei einem Besuch des muslimischen Teils der Jerusalemer Altstadt über die massive israelische Polizeipräsenz geärgert und von einer «bewussten Provokation» gesprochen. Israel hat den Ostteil Jerusalems 1967 erobert. Die Palästinenser fordern den Ostteil als Hauptstadt. (dpa)